

Öffentliche Haushalte 1986/87: Stetig, aber nicht wachstums- und beschäftigungsfördernd	437
Vorübergehender Anstieg des Exports	447

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 35/86

Berlin

28. August 1986

53. Jahrgang

Stöcklin

Öffentliche Haushalte 1986/87: Stetig, aber nicht wachstums- und beschäftigungsfördernd

Von 1982 bis 1985 war die Finanzpolitik darauf konzentriert, die hohen Staatsdefizite abzubauen. Obwohl der Konjunkturaufschwung verhalten war und die Mehreinnahmen eher spärlich flossen, sind in dieser Zeit die Defizite um fast die Hälfte reduziert worden. Gleichzeitig dämpfte aber diese Politik die wirtschaftliche Entwicklung, so daß es dem Aufschwung auch von daher an Dynamik fehlte. Die aktuelle Entwicklung ist von einer Lockerung der finanzpolitischen Restriktion gekennzeichnet. Allerdings verhalten sich die einzelnen Ebenen unterschiedlich: Während die Gemeinden ihre Ausgaben überdurchschnittlich ausweiten und auch die Länderausgaben wieder rascher zunehmen, betreibt der Bund nach wie vor eine äußerst zurückhaltende Ausgabenpolitik. In den ersten sieben Monaten lagen seine Ausgaben um über 1 vH unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Auch wenn sich im weiteren Jahresverlauf die Ausgabentätigkeit verstärken dürfte, werden die Ausgaben im Endergebnis merklich unter dem Soll bleiben. Ein Teil der Haushaltsbelastungen, die sich 1986 aus dem „Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familien“ ergeben, wird somit kompensiert. Für 1987 zeichnet sich bei den Ausgaben der Gebietskörperschaften eine ähnliche Entwicklung wie in diesem Jahr ab. Weil aber keine weiteren Steuerentlastungen in Kraft treten, werden in der Summe von der Finanzpolitik wieder dämpfende Einflüsse auf die Gesamtwirtschaft ausgehen.

Von 1982 bis 1985 haben die Einnahmen der Gebietskörperschaften im Jahresdurchschnitt mit knapp 5 vH fast doppelt so schnell zugenommen wie die Ausgaben. Die Entwicklung der Einnahmen und die Konsolidierungsschritte wurden erheblich durch die Ablieferung der Bundesbankgewinne an den Bund begünstigt, die von 2,3 Mrd. DM im Jahr 1981 auf knapp 13 Mrd. DM im Jahr 1985 gestiegen sind.

Vergleicht man die Finanzpolitik¹ im jüngsten Aufschwung mit der in den Aufschwungsjahren 1975 bis 1980 — beide Zyklusphasen ähneln sich insofern, als die jeweilige Rezession in den öffentlichen Haushalten hohe Defizite hinterließ —, so zeigen sich einige bemerkenswerte Unterschiede. Die Inkaufnahme der hohen Defizite 1974/75 gab der Wirtschaft starke Impulse und ebnete den

Weg für die konjunkturelle Wende. Als Reaktion auf das Anschwellen der Staatsverschuldung und aus Furcht vor einer möglichen Verdrängung privater durch staatliche

¹ Zur Messung der Wirkungen der Finanzpolitik auf den Konjunkturverlauf verwendet das DIW seit Jahren ein „Impulskonzept“. Die im Schaubild ausgewiesenen Nachfrageimpulse sind als „Primärimpulse“ zu interpretieren, deren Multiplikatorwirkungen und Verzögerungen noch nicht berücksichtigt sind. Als Impulse werden die Abweichungen der verschiedenen inlands-wirksamen Einnahme- und Ausgabekategorien angesehen, die sich — fortgeschrieben mit dem nominalen Anstieg des Produktionspotentials — gegenüber dem jeweils realisierten Volumen der Vorperiode ergeben. Die Konjunkturadäquanz wird anhand der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials geschätzt; je nach Auslastungsgrad können schon von einem „neutralen“ Verhalten stabilisierende oder destabilisierende Effekte ausgehen.

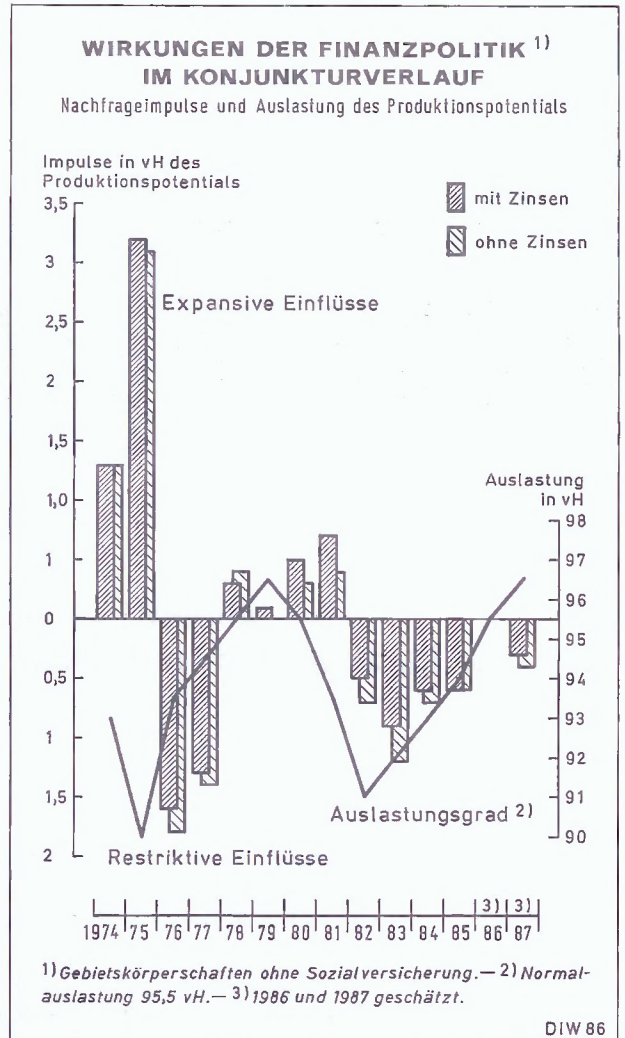
Aktivitäten schwenkte die Finanzpolitik dann auf einen restriktiven Kurs. Binnen zweier Jahre — im jüngsten Aufschwung dauerte es vier Jahre — sind die Defizite um mehr als die Hälfte, von 64 Mrd. DM (1975) auf 31 Mrd. DM (1977), abgebaut worden. Der Aufschwung kam deshalb ins Stocken, und die Finanzpolitik änderte ihren Kurs erneut; damals hatte die Stabilisierung der Beschäftigungslage noch höhere Priorität. Wenn in der Folgezeit die Zahl der Beschäftigten um eine Million stieg, so war dies zu einem guten Teil der expansiven Geld- und Finanzpolitik zuzuschreiben.

Seit 1982 ist die finanzpolitische Grundausrichtung zwar durch mehr Stetigkeit gekennzeichnet. Dies trug aber nicht dazu bei, Wachstum und Beschäftigung auf einen höheren Pfad zu bringen. Erfüllt hat sich auch nicht die Hoffnung, daß eine verminderte Inanspruchnahme von Kapitalmarktmitteln durch die öffentliche Hand zu einer spürbaren Zinssenkung und dadurch zu einer Belebung der privaten Investitionstätigkeit führen würde. Vielmehr zeigen die Erfahrungen, daß Niveau und Entwicklung der Zinsen in einer offenen Wirtschaft nur zu einem geringen Teil vom staatlichen Verhalten bestimmt werden und daß die durch die Konsolidierung verursachten Nachfrageausfälle gesamtwirtschaftlich schwerer wiegen. Freilich darf nicht übersehen werden, daß eine expansive Finanzpolitik ihrer Wirkung beraubt wird, wenn die Geldpolitik nicht genügend Raum für die Entfaltung der Impulse läßt. Die Finanzpolitik hat in den letzten Jahren zudem strukturelle Probleme hinterlassen: Die Defizite wurden überwiegend auf Kosten der Investitionen und der Einstellungen im öffentlichen Dienst abgebaut; dadurch kam es zu Versorgungsdefiziten in verschiedenen Infrastrukturbereichen. Schließlich hatte der Verzicht auf beschäftigungspolitische Initiativen steigende Kosten der Arbeitslosigkeit zur Folge. Auf sie reagierte der Bund mit einer Reihe von Leistungseinschränkungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und — damit verknüpft — mit der Abwälzung von Kosten auf die Gemeindehaushalte. So kommt es, daß die Bundesanstalt für Arbeit trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit wieder Überschüsse erzielt.

Der Abbau der Haushaltsdefizite wurde auch immer wieder damit begründet, daß finanzpolitischer Handlungsspielraum zurückgewonnen werden müsse. Der Spielraum wird aber nicht genutzt, denn die Steuerentlastungen dieses Jahres werden durch Einsparungen an anderer Stelle weitgehend kompensiert. Per Saldo werden 1986 somit von den Gebietskörperschaften erstmals seit Jahren keine negativen, allerdings auch keine positiven Impulse — wie noch vor Jahresfrist erhofft² — auf die Gesamtwirtschaft ausgehen.

Steueraufkommen 1986

In diesem Jahr steht die Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Zeichen der ersten Stufe der Steueränderung 1986/88. Mit der Er-



höhung des Grundfreibetrages, der Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge und einer Absenkung der Tarifprogression zum 1.1.1986 werden die Lohn- und Einkommensteuerzahler — und hier vor allem Familien mit Kindern — um mehr als 10 Mrd. DM entlastet. Hinzu kommen die Auswirkungen der verbesserten Abschreibungsbedingungen bei Wirtschaftsgebäuden und Heizungsanlagen; das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer dürfte dadurch um 1 Mrd. DM gekürzt werden.

Die finanziellen Auswirkungen dieser Steuerrechtsänderungen sowie das unerwartet niedrige Sozialproduktwachstum zum Jahresbeginn haben sich im ersten Quartal in einer schwachen Entwicklung der Steuereingänge niedergeschlagen (+3,5 vH). Danach hat die Konjunktur wieder an Fahrt gewonnen, und dies wirkte sich in einer beschleunigten Zunahme des Steueraufkommens

² Vgl. Lockerung der finanzpolitischen Restriktion durch Steuerentlastungen. Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1985/86. Bearb.: Dieter Teichmann und Dieter Vesper. In: Wochenbericht Nr. 40/1985.

aus; bis Juli konnten die öffentlichen Kassen ein Plus von gut 4 vH verbuchen. Auch in der zweiten Jahreshälfte ist mit einem recht kräftigen Wachstum zu rechnen, so daß insgesamt in diesem Jahr Steuermehreinnahmen von 4,5 vH erwartet werden können.

Das Aufkommen aus der *Lohnsteuer* übertraf in den ersten sieben Monaten dieses Jahres wegen der reformbedingten Mindereinnahmen das Vorjahresergebnis nur um 3 vH. Anders als in den Vorjahren wurde das Kassenergebnis durch den Lohnsteuerjahresausgleich kaum beeinflusst: Die Rückzahlungen von zuviel entrichteter Lohnsteuer nahmen bis Juli nur geringfügig stärker zu als die Lohnsteuereingänge; hieran dürfte sich auch im weiteren Jahresverlauf kaum etwas ändern. In den kommenden Monaten ist mit einer günstigeren Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltsumme zu rechnen, doch wird sich dies wegen der aufkommensmindernden Effekte aus dem Steueränderungsgesetz vermutlich nicht in einer Beschleunigung der Lohnsteuereingänge niederschlagen. Insgesamt sind für 1986 Lohnsteuereinnahmen von 152 Mrd. DM (+3,0 vH) zu erwarten. Infolge der Steuerentlastung wird sich der Anteil der Lohnsteuer an der Lohnsumme um etwa 0,3 Prozentpunkte verringern (1985: 17,9 vH).

Die Kasseneingänge aus den *Gewinnsteuern* (veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuern), die im ersten Quartal 1986 kräftig geflossen sind (+14 vH), haben sich in den letzten Monaten abgeschwächt. Bis Juli konnten die Gebietskörperschaften Mehreinnahmen in Höhe von 5,5 vH aus beiden Steuern erzielen. Ausschlaggebend für die Abschwächung war die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer: Nach dem überaus kräftigen Plus im Vorjahr (21 vH) — vor allem bedingt durch die Anpassung der Steuervorauszahlungen an die äußerst günstige Ertragslage vieler Kapitalgesellschaften — sind bis Juli nur noch Mehreinnahmen von 4,5 vH verbucht worden. Stellt man in Rechnung, daß die aus den Kasseneingängen geleisteten befristeten Investitionszulagen bis Juli um mehr als ein Drittel niedriger waren als vor Jahresfrist, dann vermindert sich das Plus um einen halben Prozentpunkt. Bei den Abschlußzahlungen, die für die Veranlagung früherer Jahre zu leisten sind, deutet sich an, daß keine so hohen Mehreinnahmen wie im Vorjahr einkalkuliert werden können. Für das ganze Jahr ist dennoch mit einem Plus von 8,5 vH zu rechnen, weil die aus dem Aufkommen finanzierte befristete Investitionszulage weiter kräftig sinken wird.

Bei der veranlagten Einkommensteuer deuten die bisherigen Kassenergebnisse auf eine spürbare Verschlechterung hin. Erstmals seit September 1984 flossen in den aufkommensstarken Vorauszahlungsmonaten März und Juni 1986 weniger in die Kassen als in den entsprechenden Vorjahresmonaten (jeweils -2 vH). Auch die Nachzahlungen aufgrund von Veranlagungen früherer Jahre waren weniger ergiebig als im Vorjahr. Dem steht allerdings ein Rekordaufkommen im Februar entgegen

(+1,2 Mrd. DM); es kam aufgrund einer einmaligen Einkommensteuerzahlung im Zusammenhang mit dem Verkauf eines großen Industrievermögens zustande. Insgesamt sind die Einnahmen aus der Einkommensteuer bis Juli um 6,5 vH gestiegen; bereinigt um den Sondereffekt verbleibt aber ein Minus von knapp 2 vH. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu der anhaltend günstigen Ertragslage der Unternehmen. Erklären läßt sich dies vor allem mit den sehr hohen Erstattungen an Arbeitnehmer im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung (§ 46 EStG); sie waren bisher um fast 1,5 Mrd. DM höher als im Vorjahr. Dieser Mehrbetrag wurde auch nicht durch die rückläufigen Auszahlungen an befristeter Investitionszulage — bis Juli lagen sie um rund die Hälfte unter dem Vorjahresergebnis — kompensiert. Bereinigt um diese Faktoren errechnet sich für die veranlagte Einkommensteuer ein Plus von 2,5 vH. Unter der Annahme, daß die Investitionszulagen bis Jahresende weiter sinken und sich die aufkommensmindernden Einflüsse der Erstattungen in den nächsten Monaten abschwächen, wird für das ganze Jahr mit kassenmäßigen Mehreinnahmen um über 8 vH gerechnet.

Die *nicht veranlagten Steuern vom Ertrag*, deren Aufkommen schon in den beiden letzten Jahren mit zweistelligen Zuwachsraten gestiegen war, haben in den ersten sieben Monaten nochmals kräftig, um 1,8 Mrd. DM, expandiert (+47 vH). Eine Rolle spielte dabei vor allem die gute Ertragslage der Kapitalgesellschaften, die ihre Eigentümer über hohe Dividendenausschüttungen an den teilweise beträchtlichen Gewinnen teilhaben ließen. In diesem Jahr werden die öffentlichen Kassen um ein Drittel höhere Einnahmen verbuchen können — ein Ergebnis, das in den letzten 25 Jahren auch nicht einmal annähernd erzielt worden ist.

Beim Aufkommen der *Steuern vom Umsatz*, deren Entwicklung in den letzten beiden Jahren sehr unbefriedigend verlief, zeigte sich in den jüngsten Monatsergebnissen eine leichte Erholung. Insgesamt übertrafen die Kasseneingänge in den ersten sieben Monaten das Vorjahresaufkommen nur um 1 vH. Dabei entwickelten sich die Mehrwertsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer mehr und mehr auseinander: Während die Mehrwertsteuer wieder kräftige Mehreinnahmen erbrachte (11,5 vH), kam es bei der Einfuhrumsatzsteuer — entsprechend der rückläufigen nominalen Importe — erstmals seit langem wieder zu einem Einbruch (-8 vH).

Ausschlaggebend für den überaus starken Anstieg der Mehrwertsteuer bis Juli war, daß die wirtschaftliche Entwicklung weniger als bisher von den mehrwertsteuerfreien Exporten und stärker von Inlandsumsätzen, die der Mehrwertsteuer unterliegen, getragen wird. Für den weiteren Jahresverlauf wird mit einer deutlichen Belebung des privaten Verbrauchs gerechnet, so daß sich auch die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz beschleunigt erhöhen werden. Insgesamt ist für 1986 — nach dem

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik Deutschland von 1984 bis 1987

	Steueraufkommen in Mrd. DM				Veränderung gg. Vorjahr in vH		
	1984	1985	1986 ¹	1987 ¹	1985	1986 ¹	1987 ¹
Gemeinschaftliche Steuern	305,10	324,07	338,5	360,1	6,2	4,5	6,5
Lohnsteuer ²	136,35	147,63	152,0	165,0	8,3	3	8,5
Veranlagte Einkommensteuer ²	26,37	28,57	31,0	31,5	8,4	8,5	1,5
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ³	5,59	6,21	8,2	8,0	11,0	32	-2,5
Körperschaftsteuer ³	26,31	31,84	34,5	36,6	21,0	8,5	6
Steuern vom Umsatz ⁴	110,48	109,83	112,8	119,0	-0,6	2,5	5,5
Sonstige Steuern	109,63	113,13	118,9	121,7	3,2	5	2,5
Bundessteuern ⁵	54,06	55,04	56,3	57,2	1,8	2,5	1,5
dar.: Mineralölsteuer	24,03	24,52	25,4	25,7	2,0	3,5	1
Tabaksteuer	14,43	14,45	14,5	14,6	0,2	0,5	0,5
Branntweinmonopol	4,24	4,15	4,2	4,2	-2,0	-0	1
Ländersteuern	18,58	18,48	20,8	20,2	-0,6	12,5	-3
dar.: Kraftfahrzeugsteuer	7,28	7,35	9,2	8,3	0,9	25	-10
Gemeindesteuern ⁶	36,99	39,62	41,8	44,4	7,1	5,5	6
Steuereinnahmen insgesamt	414,73	437,20	457,4	481,8	5,4	4,5	5,5
davon:							
Bund ⁷	197,20	206,28	210,7	221,4	4,6	2	5
Länder ⁸	150,01	159,27	168,7	177,5	6,2	6	5
Gemeinden ⁹	52,78	56,46	59,3	63,2	7,0	5	6,5
EG-Anteile u.a. ¹⁰	14,74	15,19	18,7	19,7	3,1	23	5,5

1) DIW-Schätzung. — 2) Beteiligungsverhältnis Bund/Länder und Gemeinden 42,5/42,5 und 15 vH. — 3) Beteiligungsverhältnis Bund/Länder 50/50 vH. — 4) Beteiligungsverhältnis Bund/Länder 1984 und 1985: 65,5/34,5 vH; 1986 und 1987: 65/35 vH. — 5) Einschließlich Zölle (100 vH). — 6) Einschließlich Gewerbesteuer vor Abzug der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder. — 7) EG-Anteile an den Zöllen und den Steuern vom Umsatz abgesetzt; um Ergänzungszuweisungen an die Länder (1,5 vH der Steuern vom Umsatz) gekürzt. — 8) Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin/W.; um Ergänzungszuweisungen vom Bund erhöht. — 9) Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten und nach Abzug der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder. — 10) EG-Anteile Zölle und Steuern vom Umsatz; bis 1985 noch geringfügige Einnahmen im Rahmen des sog. Lastenausgleichs, der Ende 1979 ausgelaufen ist. Von 1986 an werden keine Einnahmen mehr angesetzt.

Rückgang im vergangenen Jahr — mit einem Plus von über 2 vH zu rechnen.

Kräftig haben sich bisher die „sonstigen Steuern“ — spezielle Verbrauchsteuern sowie Länder- und Gemeindesteuern — entwickelt (+8,5 vH). Dabei standen einem nur mäßigen Anstieg bei den speziellen Verbrauchsteuern, die im wesentlichen vom mengenmäßigen Verbrauch der besteuerten Güter bestimmt werden, erhebliche Mehreinnahmen bei einer Reihe anderer Steuerarten gegenüber. Dies gilt insbesondere für die Kraftfahrzeugsteuer, deren sprunghafter Anstieg um 25 vH aus der steuerlichen Regelung zur beschleunigten Einführung umweltfreundlicher Pkw resultiert, nach der nichtschadstoffarme Autos vom 1. Januar 1986 an erheblich mehr belastet werden. Stärker als erwartet nahmen auch die reinen Ländersteuern zu, vor allem wegen hoher Zahlungen an Erbschaftsteuern (um mehr als 15 vH). Zu einem kräftigen Plus kam es auch bei der dem Bund zustehenden Börsenumsatzsteuer, deren Aufkommen sich bis Juli fast verdoppelt hat. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich der Anstieg der „sonstigen Steuern“ abschwächen; für das ganze Jahr ist mit einer Zunahme um 5 vH zu rechnen.

Nach der hier vorgelegten Prognose werden die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften weitgehend mit den Haushaltsansätzen 1986 übereinstimmen. Bei den Ländern und Gemeinden dürften sie um jeweils eine halbe bis eine Milliarde DM über, beim Bund um einen ähnlichen Betrag unter den Ansätzen bleiben. Die Steuereinnahmen der Länder werden um 6 vH und die der Gemeinden um 5 vH zunehmen und damit abermals rascher expandieren als die Steuereinnahmen des Bundes (+2 vH). Ausschlaggebend für den geringeren Anstieg beim Bund ist, daß sein Anteil an den Steuern vom Umsatz vom 1. Januar 1986 an zugunsten der Länderhaushalte um einen halben Prozentpunkt auf 65 vH gesenkt wurde. Außerdem wird ein Teil der Mehreinnahmen des Bundes durch die beträchtliche Ausweitung des EG-Anteils am Umsatzsteueraufkommen (+23 vH) aufgezehrt.

Steueraufkommen 1987

Für das Jahr 1987 wird angenommen, daß entsprechend der Prognose des DIW zur Jahresmitte das nominale Bruttosozialprodukt mit 5,5 vH ähnlich stark zunimmt

wie in diesem Jahr. Unter der Annahme, daß sich auch die Tarifabschlüsse nur wenig von denen in diesem Jahr unterscheiden, ergibt sich bei abgeschwächter Beschäftigungszunahme ein Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme um knapp 5 vH. Bei der Vorgabe dieser gesamtwirtschaftlichen Eckdaten dürfte das Steueraufkommen um 5,5 vH expandieren.

Bei der Lohnsteuer wird die Tarifprogression im nächsten Jahr wieder voll zum Tragen kommen und den Anstieg der verfügbaren Einkommen deutlich dämpfen. Aus der veranschlagten Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme resultieren daher rascher fließende Lohnsteuererträge (+8,5 vH). Der Anteil der Lohnsteuer an den Arbeitnehmereinkommen wird sich damit 1987 mit ähnlichem Tempo erhöhen wie in den Jahren vor der Steuerenkung, nämlich um 0,6 Prozentpunkte auf 18,2 vH.

Obwohl die Entwicklung der Unternehmensgewinne 1987 ähnlich günstig eingeschätzt wird wie in diesem Jahr, müssen die öffentlichen Haushalte doch geringere Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer einkalkulieren (+6 vH). Entscheidend hierfür ist, daß die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Betriebsgebäude mit Steuermindereinnahmen von einer Milliarde DM fast doppelt so stark zu Buche schlagen wie 1986.

Bei der veranlagten Einkommensteuer dürfte es trotz der nach wie vor guten Gewinnentwicklung der Unternehmen im nächsten Jahr nur zu einem geringen Plus kommen (1,5 vH); infolge des Sondereffekts — einmalige Einkommensteuerzahlung im Februar 1986 wegen der Veräußerung eines Industrievermögens — ist die Vorjahresbasis überhöht. Zudem wird sich die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude und Heizungsanlagen im nächsten Jahr auch hier zunehmend in Mindereinnahmen niederschlagen. Gekürzt werden die Kasseneingänge zudem durch weiter steigende Erstattungsbeträge an Arbeitnehmer.

Nach dem Rekordergebnis bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag in diesem Jahr ist kaum zu erwarten, daß das erreichte hohe Ausschüttungsniveau der Kapitalgesellschaften 1987 noch einmal übertroffen wird. Dabei ist unterstellt worden, daß die Unternehmen ihre Gewinne nun wieder mehr zur Verstärkung der Eigenkapitaldecke verwenden werden. Deshalb wird eine Abnahme im Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag einkalkuliert.

Die Steuern vom Umsatz dürften sich 1987 erstmals wieder annähernd so rasch entwickeln wie das nominale Bruttosozialprodukt. Für diesen beschleunigten Anstieg spricht, daß vor allem die inländischen Nachfragekomponenten das Sozialproduktswachstum bestimmen.

Das Aufkommen der „sonstigen Steuern“, das in diesem Jahr unerwartet kräftig gestiegen ist, wird 1987 voraussichtlich wieder schwächer zunehmen und mehr der — geringen — Expansion der speziellen Verbrauchs-

steuern folgen. Die der Besteuerung zugrunde liegenden Mengen nähern sich vielfach schon den Sättigungsgrenzen und sind daher als Steuerquelle nur noch wenig ergiebig. Die Zunahme der „sonstigen Steuern“ dürfte sich annähernd halbieren (+2,5 vH), zumal sich der steile Anstieg der Börsenumsatzsteuer nicht wiederholen dürfte.

Betrachtet man die Verteilung des gesamten Steueraufkommens nach Haushaltsebenen, dann zeigt sich, daß Bund und Länder im kommenden Jahr ein Plus von jeweils 5 vH, die Gemeinden nochmals einen höheren Anstieg ihres Steueraufkommens zu erwarten haben (+6 vH).

Ausgabenentwicklung 1986

Bei den Ländern und Gemeinden hat im letzten Jahr eine vorsichtige Kurskorrektur stattgefunden; die Ausgaben, vornehmlich die Investitionsausgaben, sind wieder stärker als in den Jahren zuvor ausgeweitet worden. Diese Entwicklung dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen. Im Gegensatz dazu hält der Bund an seiner äußerst sparsamen Linie fest, die Ausgaben nehmen sogar noch schwächer zu als in den Vorjahren.

Die diesjährigen Tarifabschlüsse brachten den Beschäftigten im öffentlichen Dienst hohe Reallohnzuwächse; sie waren vor allem Folge der überraschend günstigen Preisentwicklung. Wie in den Vorjahren blieben die Abschlüsse im öffentlichen Dienst unter denen in der übrigen Wirtschaft (4 vH). Mit knapp einem halben Prozentpunkt war die Differenz aber kleiner als zuvor; von 1982 bis 1985 lag sie im Durchschnitt bei einem Prozentpunkt. Dieser Abstand scheint gerechtfertigt, wenn man die geringere Produktivitätsentwicklung sowie die größere Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst berücksichtigt. Normalerweise werden aus dieser Differenz Neueinstellungen „finanziert“, in den letzten Jahren — mit Ausnahme von 1985 — wurde der Spielraum indes zur Konsolidierung verwendet. Im Vorjahr ist die restriktive Einstellungspolitik gelockert worden, die Zahl der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden hat sich um 40 000 erhöht. Allerdings überzeichnet dieser Verlauf die tatsächliche Entwicklung, denn der Zuwachs beruhte — wie in den Jahren zuvor — fast allein auf neu geschaffenen Teilzeitarbeitsplätzen. Nahezu jeder fünfte Arbeitsplatz ist inzwischen mit einer Teilzeilkraft besetzt. Diese Entwicklung wird sich — abgeschwächt — 1986 fortsetzen: Insgesamt dürfte sich die Zahl der Beschäftigten bei den Gebietskörperschaften um 30 000 erhöhen, davon werden etwa 25 000 Stellen für Teilzeitkräfte bereitgestellt. Neueinstellungen sind insbesondere bei den Gemeinden zu erwarten. Insgesamt werden die Personalausgaben um 4 vH zunehmen.

Mit einem ähnlich hohen Anstieg ist bei den laufenden Sachaufwendungen zu rechnen. Der Verfall der Ölpreise

bringt zwar auch der öffentlichen Hand unmittelbare Einsparungen. Dem steht aber ein steigender Unterhaltungsaufwand für öffentliche Gebäude gegenüber, denn Neu- und Ausbau der Infrastruktur ziehen im Zeitablauf steigende Unterhaltungsausgaben nach sich; das erste Maximum wird oft nach zwei Jahrzehnten erreicht³, gegenwärtig aufgrund der Investitionswelle in den 60er Jahren. Nach den überdurchschnittlich hohen Ausgabensteigerungen für militärische Beschaffungen in der Vergangenheit hat sich die Entwicklung inzwischen offenbar stabilisiert. Im Vorjahr sind die Ausgaben sogar geringfügig gekürzt worden, in diesem Jahr wird ein Zuwachs von 4 vH erwartet.

Die laufenden Transferausgaben der Gebietskörperschaften werden um knapp 3 vH expandieren. Dabei dürften die Versorgungsausgaben für die Kriegsoffer geringfügig sinken — die rückläufige Zahl der Anspruchsberechtigten schlägt stärker zu Buche als die Anpassung der Versorgungsbezüge. Die Kindergeldzahlungen werden allenfalls stagnieren; auch hier geht die Zahl der Anspruchsberechtigten ständig zurück, doch wird seit 1986 ein Zuschlag zum Kindergeld bis zu 46 DM pro Monat je Kind gewährt, wenn die Eltern den erhöhten steuerlichen Kinderfreibetrag nicht oder nicht in vollem Umfang ausschöpfen können. In der Mehrzahl der Fälle dürfte der Zuschlag erst 1987 ausgezahlt werden, weil erst dann festgestellt werden kann, ob der Freibetrag auch ausgeschöpft worden ist. Auch das Volumen der aus dem Bundeshaushalt geleisteten Arbeitslosenhilfe wird sich nur geringfügig erhöhen. Nachdem in den Vorjahren der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger an der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen stark gestiegen war, hat er sich nun stabilisiert. Dagegen nimmt die Zahl derer weiter zu, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe haben und daher in vielen Fällen auf die Sozialhilfe angewiesen sind; ebenso steigt die Zahl jener, die Sozialhilfe als Aufstockung zum Arbeitslosengeld oder zur Arbeitslosenhilfe erhalten. Ein Teil des Anstiegs der Sozialhilfeleistungen entfällt noch auf die Anhebung der Regelsätze für Sozialhilfe zur Jahresmitte 1985 (um 8 vH). Insgesamt, unter Einschluß der Kostensteigerungen bei den Pflegeleistungen, werden die Sozialhilfeleistungen um 10 vH zunehmen. Zu Mehrbelastungen kommt es infolge der Einführung eines Erziehungsgeldes, das gegenüber der bisherigen Mutterschutzregelung 1,2 Mrd. DM mehr kostet, sowie aufgrund von Leistungsverbesserungen beim Wohngeld (500 Mill. DM).

Die Zuschüsse des Bundes an die gesetzliche Sozialversicherung werden nur geringfügig steigen (1 vH). Wie in den Vorjahren benötigt die Bundesanstalt für Arbeit keine Hilfe aus dem Bundeshaushalt, da die früher beschlossenen Leistungseinschränkungen nicht zurückgenommen werden. Die Zuschüsse des Bundes an die gesetzlichen Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten orientieren sich an der durchschnittlichen Lohnentwicklung in den letzten drei Jahren; sie steigen

um rund 1 Mrd. DM. Tatsächlich nehmen die Zahlungen an alle Sozialversicherungsträger aber nur um 500 Mill. DM zu, weil das Mutterschaftsgeld, das bisher von der Krankenversicherung ausgezahlt und ihr vom Bund erstattet worden ist, nun direkt vom Bund geleistet wird.

Die Zuschüsse an die Unternehmen, vornehmlich öffentliche Unternehmen wie Bundesbahn, Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs und Krankenhäuser mit eigener Rechnungsführung, werden voraussichtlich nur um 2 vH auf gut 25 Mrd. DM steigen. Rund die Hälfte sind Zahlungen des Bundes an die Bundesbahn, 9,3 Mrd. DM in Form von laufenden Zuschüssen und knapp 4 Mrd. DM als Investitionshilfen; seit 1982 hat sich das Niveau der Zuschüsse kaum noch erhöht. Die Transfers an das Ausland werden weit niedriger ausfallen als im Vorjahr. Im vergangenen Jahr waren zur Abdeckung der Lücke im EG-Haushalt — die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der EG auf 1,4 vH der Bemessungsgrundlage trat erst 1986 in Kraft — 1,6 Mrd. DM veranschlagt und auch ausgegeben worden.

Sinkende Kapitalmarktzinsen und der Abbau der Finanzierungsdefizite haben dazu geführt, daß sich die Zinsausgaben nach den hohen Zuwächsen in den vergangenen Jahren nun im Rahmen der Steigerung der Gesamtausgaben entwickeln. Mit einem Volumen von 57 Mrd. DM — 10 vH der Gesamtausgaben — haben die Zinsaufwendungen inzwischen ein Niveau erreicht, das deutlich über dem der Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen liegt. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde der Rotstift bevorzugt bei den Sachinvestitionen angesetzt; 1984 lagen sie nominal um ein Viertel unter dem Niveau von 1980. Erst 1985 sind sie wieder angehoben worden, und auch für dieses Jahr ist mit einem Anstieg zu rechnen (6 vH). Diese Entwicklung hängt auch mit der Kurskorrektur beim kommunalen Finanzausgleich zusammen, denn im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren, als die Zuweisungen der Länder an die Gemeinden gekürzt worden sind, haben die Länder 1985 ihre laufenden und investiven Zuschüsse an die Gemeinden um über 5 vH erhöht; in diesem Jahr dürfte die Rate über 4 vH betragen.

Das Niveau der übrigen vermögenswirksamen Ausgaben — Vermögensübertragungen, Darlehen und Beteiligungen — wird sich kaum verändern. Während die Hilfen an die Stahlindustrie auslaufen sollen und die Sparprämien weiter rückläufig sind, rechnet der Bund mit einer vermehrten Inanspruchnahme aus Gewährleistungen im Außenwirtschaftsbereich.

³ Vgl. Michael Reidenbach: Die Unterhaltung kommunaler Bauwerke und Grundstücke. In: Der Städtetag, Heft 8/1986, S. 517 ff.

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften¹

	Bund				Länder				Gemeinden				Insgesamt			
	Ist 1984	Schätzung 1985	Schätzung 1986	Schätzung 1987	Ist 1984	Schätzung 1985	Schätzung 1986	Schätzung 1987	Ist 1984	Schätzung 1985	Schätzung 1986	Schätzung 1987	Ist 1984	Schätzung 1985	Schätzung 1986	Schätzung 1987
in Mrd. DM																
Einnahmen	223,1	234,3	238,8	249,0	207,0	217,7	227,6	238,4	137,2	144,3	151,0	158,5	491,7	517,7	537,1	563,3
Steuern u.ä. ²⁾	197,2	206,4	210,8	221,5	151,2	160,3	169,7	178,5	52,7	56,4	59,3	63,3	401,1	423,2	439,8	463,3
von Gebietskörperschaften	1,5	1,4	1,5	1,5	33,0	34,0	33,5	34,3	41,1	43,4	45,3	46,8	-	-	-	-
Sonstige Einnahmen	24,4	26,5	26,5	26,0 ³⁾	22,8	23,4	24,4	25,6	43,4	44,5	46,4	48,4	90,6	94,5	97,3	100,0
Ausgaben	251,8	257,1	261,3	268,3	225,1	234,6	244,4	253,7	135,8	143,4	150,6	157,9	537,0	556,6	576,1	597,4
Personalausgaben	35,5	36,7	37,8	39,0	92,5	95,7	99,6	103,5	38,0	39,5	41,3	43,2	166,0	171,9	178,7	185,7
Laufender Sachaufwand	38,0	38,5	40,0	41,6	20,2	21,5	22,5	23,5	25,4	27,1	28,2	29,4	83,6	87,1	90,7	94,5
Zinsausgaben	27,8	29,2	30,4	31,4	17,3	18,6	19,7	20,7	7,9	7,8	7,7	7,6	52,6	55,6	57,4	59,3
an Gebietskörperschaften	-	-	-	-	0,4	0,4	0,4	0,4	-	-	-	-	-	-	-	-
Lfd. Zuweisungen u.																
Zuschüsse	114,4	117,2	118,0	121,1	56,2	59,4	61,7	64,0	30,1	32,8	35,3	37,4	146,6	152,6	157,0	162,9
an Gebietskörperschaften	20,6	21,4	21,4	21,8	30,4	32,1	33,4	34,5	3,0	3,1	3,2	3,3	-	-	-	-
Sozialversicherung	39,4	41,0	41,5	43,0	0,2	0,2	0,2	0,2	-	-	-	-	39,6	41,2	41,7	43,2
LAF, ERP, Zweckverbände	1,1	0,9	0,9	0,9	0,6	0,5	0,5	0,5	2,8	3,0	3,1	3,2	4,5	4,4	4,5	4,6
Renten, Unterstützungen	32,8	32,5	34,0	34,8	8,2	8,4	8,8	9,2	20,3	22,5	24,5	26,2	61,3	63,4	67,3	70,2
Unternehmen	15,3	14,4	14,5	14,7	8,0	8,9	9,2	9,7	1,7	1,7	1,8	1,8	25,0	25,0	25,5	26,2
Soziale Einrichtungen u.ä.	0,9	0,8	0,9	0,9	7,1	7,6	8,0	8,3	2,3	2,5	2,7	2,9	10,3	10,9	11,6	12,1
Ausland	4,3	6,1	4,8	5,0	1,6	1,6	1,6	1,6	-	-	-	-	5,9	7,7	6,4	6,6
Sachinvestitionen	7,1	7,4	7,3	7,6	8,5	8,9	9,8	10,4	28,8	30,0	32,0	34,0	44,4	46,3	49,1	52,0
dar. Bauten	5,7	5,8	5,7	5,8	6,2	6,3	7,0	7,5	22,5	23,0	24,3	26,0	34,4	35,1	37,0	39,3
Vermögensübertragungen	18,0	17,7	17,5	17,6	22,4	22,7	23,3	23,8	2,5	2,9	2,9	3,0	25,2	25,4	26,0	26,1
an Gebietskörperschaften	6,9	6,6	6,0	6,2	9,8	10,3	10,7	11,0	1,0	1,0	1,0	1,1	-	-	-	-
Sonstige																
Vermögensausgaben	11,0	10,5	10,3	10,0	7,9	7,9	7,8	7,8	3,1	3,2	3,2	3,3	18,6	17,7	17,2	16,9
an Gebietskörperschaften	2,6	2,9	3,0	3,1	0,7	0,9	1,0	1,0	0,1	0,1	0,1	0,1	-	-	-	-
Finanzierungssaldo	-28,6	-22,8	-22,5	-19,3	-18,1	-16,9	-16,8	-15,3	+1,5	+0,9	+0,4	+0,6	-45,3	-38,9	-39,0	-34,1
Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH																
Einnahmen	3,9	5,0	1,9	4,3	4,3	5,2	4,5	4,7	3,6	5,2	4,6	5,0	4,3	5,3	3,7	4,9
Ausgaben	2,0	2,1	1,7	2,6	2,5	4,2	4,2	3,8	1,7	5,6	5,0	4,8	2,2	3,6	3,5	3,7
Personalausgaben	0,9	3,4	3,0	3,2	1,4	3,5	4,1	3,9	1,9	3,9	4,6	4,6	1,4	3,6	4,0	3,9
Laufender Sachaufwand	3,7	1,2	4,0	4,0	4,8	6,1	4,7	4,4	6,3	6,7	4,1	4,3	4,7	4,2	4,1	4,2
Zinsausgaben	4,3	5,1	4,1	3,3	8,9	7,0	6,5	4,5	-1,3	-1,3	-1,3	-1,3	5,0	5,7	3,2	3,3
Lfd. Zuweisungen u. Zuschüsse	1,3	2,4	0,7	2,6	1,7	5,7	3,9	3,7	1,0	9,0	7,6	5,9	1,2	4,1	2,9	3,8
an Gebietskörperschaften	-3,3	3,9	0	1,9	5,5	5,6	4,0	3,3	0	3,3	3,2	3,1	-	-	-	-
Sozialversicherung	-0,5	4,0	1,2	3,6	-	-	-	-	-0,5	4,0	1,2	3,6
Renten, Unterstützungen	4,0	-1,2	4,6	2,4	-17,8	2,3	4,8	4,5	5,2	10,8	8,9	6,9	0,8	3,4	6,2	4,3
Unternehmen	7,9	-5,9	0,7	1,4	7,6	11,1	5,7	5,4	-10,5	0	5,9	0	6,2	0	2,0	2,7
Soziale Einrichtungen	-2,0	-7,9	0	0	6,0	6,6	5,3	3,8	-8,7	8,7	8,0	7,4	2,0	5,8	6,4	4,3
Sachinvestitionen	0	3,8	-1,5	4,0	1,1	5,1	10,1	6,1	-3,0	4,2	6,7	6,3	-1,6	4,3	6,3	5,7
dar. Bauten	0,3	1,8	-1,7	1,8	-1,5	1,9	11,1	7,1	-4,3	2,2	5,7	7,0	-3,2	2,0	5,4	6,2
Vermögensübertragungen	-7,8	-1,7	-1,1	0,6	-0,9	1,6	2,6	2,1	-7,0	16,0	0	3,4	-5,4	0,8	2,4	0,4
Sonstige																
Vermögensausgaben	26,6	-3,9	-1,9	-2,9	18,9	0	-1,3	0	3,3	3,2	0	3,1	20,7	-4,8	-2,8	-1,7

1) In Abgrenzung der Finanzstatistik. — 2) Mehrwertsteueranteil für Ergänzungszuweisungen beim Bund gekürzt und bei den Ländern zugesetzt. — 3) Einschließlich der erwarteten Verkaufserlöse für die Beteiligungen des Bundes an der VEBA und am Volkswagenwerk in Höhe von 3 Mrd. DM.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des DIW.

Ausgabenschätzung 1987

Auch für 1987 ist nicht mit einer grundlegenden Wende im Ausgabeverhalten der Gebietskörperschaften zu rechnen. Nach den vorliegenden Informationen — Regierungsentwürfe, mehrjährige Finanzpläne, Absichtserklärungen der finanzpolitischen Entscheidungsträger — und eigenen Einschätzungen werden die Ausgaben um 4 vH zunehmen.

Sowohl bei den Personalausgaben als auch bei den laufenden Sachaufwendungen lassen sich keine Gründe finden, die für ein Abweichen von der aktuellen Entwicklung sprechen. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst dürften sich in der Größenordnung von 1986 bewegen; auch das Einstellungsverhalten wird sich kaum ändern. Beim laufenden Sachaufwand ist eine weitere Entlastung durch die Ölpreise nicht zu erwarten; Mehrausgaben für militärische Beschaffungen schlagen ebenso zu Buche wie Mehraufwand für die Unterhaltung der öffentlichen Gebäude und für den laufenden Geschäftsbedarf der Verwaltungen. Personal- und laufende Sachausgaben dürften jeweils um 4 vH erhöht werden.

Ebenso ist bei den laufenden Transferausgaben der Gebietskörperschaften mit einem Zuwachs um 4 vH zu rechnen. Für den Bund ergeben sich Mehrbelastungen, da er den Rentenversicherungsträgern die Aufwendungen erstattet, die diesen für die Anerkennung eines Kindererziehungsjahres in der Rentenversicherung entstehen. Die jährliche Anpassung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherungsträger schlägt mit einem Plus von 4 vH zu Buche. Für die Bundesanstalt für Arbeit werden abermals keine Zuschüsse erforderlich sein. Insgesamt wird der Bund 43 Mrd. DM an die Sozialversicherung (1986: 41,5 Mrd. DM) überweisen. Die Ausgaben für das Erziehungsgeld werden nochmals kräftig angehoben, weil 1987 der Kreis der Anspruchsberechtigten größer sein wird⁴. Ins Gewicht fällt auch die Zunahme der von den Gemeinden getragenen Sozialhilfeausgaben um 7 vH auf 24,5 Mrd. DM. Nur unterdurchschnittlich werden hingegen die laufenden Transfers der Gebietskörperschaften an die Unternehmen steigen (knapp 3 vH).

Die Zinsausgaben werden etwas schwächer als in diesem Jahr zunehmen. Es wurde unterstellt, daß die Kapitalmarktzinsen nur wenig sinken, die Zinsdifferenzen zwischen zu tilgenden Altschulden und dafür aufgenommenen Kapitalmarktmitteln aber steigen. Der wichtigste Bestimmungsfaktor der Zinsausgaben ist die Neuverschuldung im Vorjahr; sie ist 1986 ebenso groß wie 1985.

Die öffentlichen Investitionen werden wiederum aufgestockt, um über 5 vH auf 52 Mrd. DM. Selbst in nominaler Rechnung ist damit aber noch lange nicht das Niveau vom Jahr 1980 (58 Mrd. DM) erreicht. Mit jeweils 6 vH werden Länder und Gemeinden ihre Investitionsausgaben deutlich stärker ausweiten als der Bund. Das Investitionsverhalten der Kommunen wird einmal durch die relativ günstige Entwicklung der kommunalen Steuerein-

nahmen und zum anderen dadurch begünstigt, daß auch im kommenden Jahr die Länder ihre Zuweisungen an die Gemeinden — allerdings etwas schwächer als in diesem Jahr — erhöhen dürften.

Entwicklung nach Haushaltsebenen

Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden werden 1986 voraussichtlich 576 Mrd. DM und 1987 etwa 597 Mrd. DM erreichen; dem stehen Einnahmen in Höhe von 537 bzw. 563 Mrd. DM gegenüber, so daß sich Defizite von 39 bzw. 34 Mrd. DM errechnen.

Wie im Vorjahr nehmen auch 1986 und 1987 die Ausgaben des Bundes deutlich schwächer zu als die von Ländern und Gemeinden. Dabei ist zu erwarten, daß die Ausgaben 1986 um weniger als 2 vH steigen und das Soll abermals — um mindestens 2,5 Mrd. DM — unterschritten wird. In den Jahren zuvor sind die Istausgaben noch stärker, im Durchschnitt um 4,5 Mrd. DM pro Jahr, hinter dem Soll zurückgeblieben, obwohl die Ansätze ohnehin knapp kalkuliert waren. So verwundert es nicht, daß der Anteil der investiven Ausgaben (Sachinvestitionen und Vermögensübertragungen) im Bundeshaushalt nicht, wie immer wieder angekündigt, gestiegen, sondern gesunken ist (von 11 auf 10 vH). Das Schwergewicht der Bundesausgaben liegt bei den Transfers, die aber in den letzten Jahren nur wenig zugenommen haben. Nachhaltig wirkten sich die zahlreichen Sparmaßnahmen im Bereich der Arbeitslosenunterstützung und der Renten aus. Hinzu kommt, daß der Bundeshaushalt durch die rückläufige Zahl der Anspruchsberechtigten in der Kriegsopferversorgung und beim Kindergeld entlastet wird. Von Bedeutung für die Entwicklung der Bundesausgaben ist auch, daß die Zinsausgaben inzwischen merklich schwächer steigen; immerhin entfallen 12 vH der Ausgaben auf Zinszahlungen (1980: 6 vH).

Die Einnahmen des Bundes werden 1986 um 2 vH zunehmen, so daß — trotz Belastungen durch die Steuerreform — das Haushaltsdefizit geringfügig niedriger ausfallen wird; dabei beträgt die Gewinnablieferung der Bundesbank 450 Mill. DM weniger, die Ablieferung der Bundespost 200 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Im kommenden Jahr werden die Einnahmen des Bundes um über 4 vH, die Ausgaben um knapp 3 vH zunehmen, so daß sich das Defizit auf weniger als 20 Mrd. DM reduziert. In der Schätzung der Einnahmen ist unterstellt, daß die Gewinnablieferung der Bundesbank nur noch 7,5 Mrd. DM beträgt, die Mindereinnahmen aber weitge-

⁴ Die Einführung des Erziehungsgeldes war stichtagsgebunden, d.h. Anspruch haben nur die Eltern, deren Kinder nach dem 31.12.1985 geboren wurden/werden. Da das Erziehungsgeld für 10 Monate gezahlt wird, überlappen sich 1987 die Zahlungen für jene, die 1986 geboren sind und für die noch 1987 Ansprüche geltend gemacht werden können, und für die Neugeborenen im Jahre 1987.

hend aus den Verkaufserlösen der Bundesbeteiligungen (VEBA und Volkswagenwerk) kompensiert werden.

Die Ausgaben der *Länder* werden 1986 und 1987 jeweils um rund 4 vH steigen. Der Zuwachs bei den Einnahmen dürfte nur wenig höher sein, so daß die Haushaltsdefizite in diesem Jahr unverändert bleiben und im nächsten Jahr um knapp 2 auf 15 Mrd. DM verringert werden. Eine bedeutende Finanzierungsquelle sind die Zuweisungen und Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt (Finanzhilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben, Erstattung von Verwaltungsleistungen, Zuschüsse zum Berliner Haushalt). Ihr Volumen beläuft sich auf 30 Mrd. DM und hat sich seit Jahren kaum verändert. Die Zuweisungen und Zuschüsse der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs werden 1986 um über 4 vH und 1987 um mehr als 3 vH auf fast 46 Mrd. DM angehoben. Wegen der Zuständigkeit für besonders personalintensive Aufgabenbereiche (Bildung und Wissenschaft, öffentliche Sicherheit und Ordnung, allgemeine Verwaltung) haben die Personalausgaben in den Länderhaushalten ein hohes Gewicht, auf sie entfallen 44 vH aller Ausgaben. Die moderaten Tarifabschlüsse sowie eine restriktive Einstellungspolitik haben entscheidend zum Defizitabbau bei den Ländern beigetragen. Anders als beim Bund werden die Ausgaben für Sachinvestitionen 1986 und 1987 überdurchschnittlich ausgeweitet, allerdings ist ihre Bedeutung — gemessen an den Gesamtausgaben — ähnlich gering wie im Bundeshaushalt.

Die Haushalte der *Gemeinden* haben schon in den letzten beiden Jahren in der Summe mit geringen Überschüssen abgeschlossen. Auch 1986 und 1987 werden die Einnahmen das Ausgabenniveau geringfügig — jeweils um rund eine halbe Mrd. DM — übertreffen. Die verbesserte Finanzlage gibt den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Ausgaben verstärkt auszuweiten. Für 1986 und 1987 ist bei den kommunalen Sachinvestitionen mit einem Anstieg um 6 bis 7 vH zu rechnen; die Zahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten dürfte um jeweils 15 000, also um über 1 vH, steigen.

Allerdings verdeckt die globale Betrachtung der Gemeindefinanzen einige strukturelle Probleme: Von Kommune zu Kommune differiert die Entwicklung der Finanzlage zum Teil erheblich. Insbesondere die Städte in den traditionellen Ballungsgebieten haben noch immer mit finanziellen Problemen zu kämpfen: Einer unterdurchschnittlichen Realsteuerkraft stehen infolge der noch ungünstigeren Arbeitsmarktentwicklung überdurchschnittlich hohe Sozialhilfelastragen gegenüber; zudem müssen viele Städte, aus denen Einkommen- und Lohnsteuerzahler in die Umlandgemeinden abwandern, Einbußen beim kommunalen Einkommensteueranteil hinnehmen. Aus beschäftigungspolitischer Sicht sind gerade Kommunen mit besonders großen Arbeitsmarktproblemen zu vermehrten Ausgaben aufgerufen. Selbst wenn sie zu einer höheren Verschuldung bereit sind, ist ihnen dieser

Weg versperrt, denn ihre Verschuldungsmöglichkeiten bestimmen sich grundsätzlich nach ihrer Finanzlage. Je günstiger die wirtschaftliche Entwicklung in einer Region, um so besser ist die Finanzlage und um so größer sind die Möglichkeiten der Kreditaufnahme; um so größer sind aber auch die Ausgabenspielräume und damit die Möglichkeiten zu investieren.

Finanzpolitische Überlegungen

Die Finanzpolitik ist ebenso wie die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren durch Stetigkeit gekennzeichnet. Stetigkeit kann natürlich kein eigenständiges Ziel der Wirtschaftspolitik sein, sondern ist eine Verhaltensnorm, die ihren Sinn allein aus dem Zusammenwirken mit gesamtwirtschaftlichen Zielvorstellungen erhält. Aktuell kann dies nur heißen, daß die staatlichen Ausgaben- und Einnahmenströme mittelfristig und für alle Wirtschaftssubjekte kalkulierbar einem Pfad folgen müßten, der die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung stärkt und zur Verringerung der Beschäftigungsprobleme beiträgt.

Der Konsolidierungskurs der Finanzpolitik könnte akzeptiert werden, wenn allein der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten als Beurteilungsmaßstab herangezogen würde. Doch bliebe dann das Beschäftigungsziel ebenso außer acht wie die Tatsache, daß das Produktionspotential in der Vergangenheit viel zu wenig gewachsen ist — u.a. weil Geld- und Finanzpolitik restriktiv wirkten — und somit bereits ein geringer Nachfrageanstieg ausreicht, daß die Kapazitäten voll ausgelastet werden. Zu einer realistischen Sicht gehört auch die Erkenntnis, daß Geld- und Finanzpolitik nicht nur die kurzfristige Nachfrageentwicklung, sondern auch das Wachstum des Produktionspotentials beeinflussen.

Selbst in diesem Jahr, in dem Steuerentlastungen wirksam werden, gehen von den öffentlichen Haushalten keine positiven Impulse auf die Gesamtwirtschaft aus, weil die expansiven Wirkungen der Steuersenkungen durch Ausgabekürzungen im Bundeshaushalt konterkariert werden. Vor allem das Verhalten des Bundes ist bei dessen hoher gesamtwirtschaftlicher Verantwortung kaum zu verstehen. Obwohl bisher die Bundesausgaben unter dem Niveau des Vorjahres gelegen haben, hat der Bundesfinanzminister Mitte Juni Haushaltsmittel gesperrt. Auch ohne diese Maßnahme würde das Finanzierungsdefizit wohl kleiner ausfallen als im Haushaltsplan veranschlagt.

Worauf es jetzt, da die Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach unten revidiert werden müssen, ankommt, sind vermehrte Anstrengungen der Wirtschaftspolitik, um der wirtschaftlichen Entwicklung mehr Dynamik zu verleihen. Die Exporte schwächen sich ab, und die inländischen Nachfragekomponenten müssen mehr, als bisher abzusehen, gestärkt werden. Aus finanzpolitischer Sicht kommt neben vermehrten Ausgaben

eine Korrektur der Steuerpolitik in Frage. Mit dem Steuer-senkungsgesetz 1986/88 sind hier zwar die Weichen gestellt. Es dürfte aber keine unüberwindbaren Schwierigkeiten bereiten, die zweite Stufe der Entlastungen auf das Jahr 1987 vorzuziehen. Dabei wäre es nützlich, das Steuerpaket um eine Komponente — z.B. die weitere Anhebung des Grundfreibetrages — zu ergänzen, um seine stimulierende Wirkung zu vergrößern. Die Konsumneigung würde auf breiterer Basis gestärkt werden. Zwar stiegen auch die Importe vermehrt, doch wäre dies als Beitrag zum Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts durchaus erwünscht.

Auf der Ausgabenseite sollten zusätzliche Mittel für Maßnahmen

- im Umweltschutz (Sanierung von Altlasten),
- zum Aufbau einer ressourcenschonenderen Energieversorgung,
- der Stadterneuerung, der Modernisierung und der Wohnumfeldverbesserung

bereitgestellt werden. Der Bedarf in diesen Bereichen ist groß. Auch die restriktive Einstellungspolitik des Staates hat vielerorts Nachholbedarf entstehen lassen und zu einer ungünstigen Altersstruktur im öffentlichen Dienst geführt.

Die Forderung nach einer expansiveren Finanzpolitik heißt nicht, daß kurzatmige Nachfrageprogramme aufgelegt werden sollen. Vielmehr geht es darum, Aufgaben zur Milderung von Zukunftsproblemen jetzt in Angriff zu nehmen. Der Hinweis darauf, daß dies wieder höhere Staatsdefizite nach sich ziehen würde, darf nicht den Ausschlag geben. Einmal ist der finanzpolitische Handlungsspielraum groß genug. Zum anderen, und dies ist wichtiger, gewinnt vor allem die ökologische Zukunftssicherung immer mehr an Gewicht. Verbesserungen erreicht man hier nicht zum Nulltarif; die Kosten sind um so höher, je länger die Bewältigung dieser Aufgaben aufgeschoben wird. Für diese Form der Vorsorge sind Kredite das geeignete Finanzierungsinstrument.

Vorübergehender Anstieg des Exports

Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1986

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist im ersten Halbjahr 1986 sehr unstetig verlaufen. Einflüsse der Witterung, des Kalenders wie auch der Konjunktur führten zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zum Jahresbeginn und als Reflex hierauf zu einem deutlichen Anstieg im zweiten Vierteljahr. Diese gegenläufigen Tendenzen finden sich ausgeprägt auch in der Entwicklung der Warenausfuhr. Damit darf aus der Tatsache, daß die reale Ausfuhr im zweiten Quartal saison- und arbeitstäglich bereinigt¹ gegenüber dem Vorquartal recht kräftig, nämlich um 3,5 vH, zugenommen hat, nicht der Schluß gezogen werden, die seit einem Jahr anhaltende Ausfuhrschwäche sei überwunden. Der Zweimonatsvergleich verdeutlicht die konjunkturelle Entwicklung: Zwar sind die Ausfuhr im Frühjahr (März/April) gestiegen, im Mai/Juni aber bereits wieder zurückgegangen.

Noch stärker als die Ausfuhr hat sich die reale Wareneinfuhr erhöht (5,5 vH). Offensichtlich profitieren die ausländischen Anbieter in steigendem Maße von der Stärke der D-Mark und der auch durch die anhaltende Verbilligung der Energierohstoffe zunehmenden Kaufkraft im Inland.

Der reale Exportüberschuß in der Handelsbilanz hat sich dabei im Berichtsquartal weiter verringert. In nominaler Rechnung ist dagegen bereits seit Herbst vorigen Jahres eine kräftige Ausweitung zu verzeichnen, im zweiten Quartal betrug die Zunahme gegenüber dem Vorquartal 4,5 Mrd. DM. Diese gegensätzliche Entwicklung der realen und der nominalen Größen ist eine Folge der starken Verbesserung der Terms of Trade. Da sich die Defizite in der Dienstleistungs- und der Übertragungsbilanz nur wenig erhöht haben, hat sich der Leistungsbilanzsaldo erneut vergrößert. Im ersten Halbjahr 1986 ergab sich saisonbereinigt ein Einnahmenüberschuß von rund 35 Mrd. DM. Dieser Betrag ist fast so groß wie der Überschuß im gesamten Jahr 1985.

Kräftige Exportexpansion in wichtigen Branchen

Wie die Entwicklung der gesamten Ausfuhr, so ist auch die Ausfuhr der wichtigsten Wirtschaftszweige im Berichtsquartal statistisch überhöht. Die vier großen Exportbranchen, nämlich der Straßenfahrzeugbau, der Maschinenbau, die chemische Industrie und die elektrotechnische Industrie, haben ihre Lieferungen ins Ausland besonders kräftig gesteigert: Knapp zwei Drittel des Wachstums der Ausfuhr gegenüber dem Vorquartal erklären sich mit der Exportsteigerung dieser Branchen.

Sprunghaft gestiegen sind die Ausfuhr des Straßenfahrzeugbaus. Diese Branche hat ihre Stellung als wichtigster Exporteur weiter ausgebaut; mit einem Anteil von 16 vH am gesamten Exportvolumen liegt sie deutlich vor dem Maschinenbau und der chemischen Industrie (Anteil jeweils 14 vH). Die Ausfuhr von Personenkraftwagen bis zwei Liter Hubraum, die zu den Verbrauchsgütern gerechnet werden, haben wesentlich kräftiger expandiert als die Exporte der zu den Investitionsgütern zählenden Gruppe der Personenkraftwagen über zwei Liter Hubraum und der Lastkraftwagen. Die Ausfuhr von Verbrauchsgütern haben jedoch nicht in allen Branchen zugenommen. So ist der Export der Bekleidungsindustrie deutlich gesunken. Textilien konnten dagegen nach dem Rückgang im Winterhalbjahr vermehrt exportiert werden. Auch die Ausfuhr von elektrotechnischen Verbrauchsgütern wurden etwas gesteigert.

Bei den Investitionsgütern ist der Export in allen großen Gütergruppen gestiegen. Nach dem Rückgang im ersten Quartal hat er sich sowohl beim Maschinenbau als auch bei elektrotechnischen Investitionsgütern erhöht. Eine solche Entwicklung ist auch in der Feinmechanik und Optik sowie in der EBM-Industrie zu beobachten. Bei Büromaschinen und ADV-Geräten hat sich die seit Anfang 1980 steil aufwärts gerichtete Entwicklung der Exporte sogar beschleunigt. Im Grundstoffbereich — mit Ausnahme der chemischen Industrie — verliefen die Ausfuhr schleppend; bei der Eisen- und Stahlindustrie gingen sie kräftig zurück.

Verstärkte Lieferungen in die EG-Länder

Die reale Ausfuhr in die EG-Länder ist im Berichtsquartal spürbar erhöht worden. Dabei sind nach dem Rückgang im Vorquartal die Lieferungen nach Frankreich, Belgien-Luxemburg und Großbritannien deutlich gestiegen; die nach den Niederlanden und Italien haben beschleunigt zugenommen. Dies ist nicht zuletzt ein Ergebnis der Exporterfolge des Straßenfahrzeugbaus; der Anteil dieser fünf Länder am gesamten Export des Straßenfahrzeugbaus im Jahr 1985 betrug rund 40 vH. Die Ausfuhr nach Schweden, Österreich und in die Schweiz haben ebenfalls expandiert; auch diese drei Länder sind wichtige Exportkunden des Straßenfahrzeugbaus (Anteil 1985: 11 vH).

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

**Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

	Ursprungswerte								Saison-1 und arbeitstäglich bereinigte Werte							
	1984	1985	1985				1986		1985				1986			
			I	II	III	IV	I	II	I	II	III	IV	I	II		
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)																
Ausfuhr	588,4	647,4	157,7	160,6	161,7	167,4	155,5	161,8	158,4	164,9	165,0	161,8	160,2	162,2		
Waren	467,4	518,3	128,4	128,2	127,6	134,1	126,1	130,0	127,4	132,1	131,5	129,8	127,9	130,9		
Dienste	121,0	129,1	29,3	32,4	34,1	33,3	29,4	31,8	31,0	32,8	33,5	32,0	32,3	31,3		
Einfuhr	538,2	576,1	144,8	144,0	147,8	139,5	132,2	136,2	145,1	146,5	144,8	142,1	135,6	134,5		
Waren	406,7	437,0	112,2	109,7	107,4	107,7	99,8	101,2	111,0	111,0	109,9	107,4	100,6	99,1		
Dienste	131,5	139,1	32,6	34,3	40,4	31,8	32,4	35,0	34,1	35,5	34,9	34,7	35,0	35,4		
Salden:																
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	50,2	71,3	12,9	16,6	13,9	27,9	23,3	25,6	13,3	18,4	20,2	19,7	24,6	27,7		
Waren	60,7	81,3	16,2	18,5	20,2	26,4	26,3	28,8	16,4	21,1	21,6	22,4	27,3	31,8		
Dienste	-10,5	-10,0	-3,3	-1,9	-6,3	1,5	-3,0	-3,2	-3,2	-2,7	-1,4	-2,7	-2,7	-4,1		
Übertragungen ²	-34,6	-34,7	-9,4	-8,1	-8,3	-8,9	-8,6	-9,0	-9,4	-8,1	-8,3	-8,9	-8,6	-9,0		
Leistungsbilanz ³ (Finanzierungssaldo)	15,6	36,6	3,5	8,5	5,6	19,0	14,7	16,6	3,9	10,3	11,9	10,8	16,0	18,7		
Nachrichtlich: Leistungsbilanz ⁴ (In der Abgrenzung der Zahlungsbilanz)	19,9	38,9	5,1	9,3	5,8	18,7	16,1	18,4	6,5	8,9	12,5	11,9	18,9	16,9		
Veränderung ⁵ in vH																
	Vorjahr								Vorquartal							
Ausfuhr	11,8	10,0	11,0	14,4	12,4	3,3	-1,4	0,7	1,0	4,1	0,1	-2,0	-1,0	1,2		
Waren	12,1	10,9	11,8	16,0	12,7	4,0	-1,8	1,4	2,2	3,7	-0,5	-1,3	-1,5	2,3		
Dienste	10,5	6,7	7,3	8,4	11,1	0,6	0,3	-1,9	-3,6	6,0	2,2	-4,5	0,9	-3,1		
Einfuhr	10,0	7,0	9,6	9,0	7,3	2,4	-8,7	-5,4	4,3	1,0	-1,2	-1,9	-4,6	-0,8		
Waren	11,9	7,5	10,8	9,2	8,2	2,0	-11,1	-7,7	5,3	0,0	-1,0	-2,3	-6,3	-1,5		
Dienste	4,5	5,8	5,8	8,5	4,9	3,9	-0,6	2,0	0,9	4,1	-1,7	-0,6	0,9	1,1		
Zu Preisen von 1980 (Mrd. DM)																
Ausfuhr	509,1	545,5	133,8	134,8	135,8	141,1	132,0	137,9	134,2	138,4	138,9	136,2	135,7	138,5		
Waren	405,4	437,4	109,2	107,6	107,0	113,6	107,0	111,0	108,2	111,0	110,7	109,5	108,4	112,3		
Dienste	103,7	108,1	24,6	27,2	28,8	27,5	25,0	26,9	26,0	27,4	28,2	26,7	27,3	26,2		
Einfuhr	446,5	467,5	116,2	115,1	120,7	115,5	114,0	123,1	116,7	116,5	118,0	117,8	117,3	122,1		
Waren	336,0	353,2	89,2	86,9	87,5	89,6	87,0	94,2	88,7	87,5	89,3	89,2	88,3	93,0		
Dienste	110,5	114,3	27,0	28,2	33,2	25,9	27,0	28,9	28,0	29,0	28,7	28,6	29,0	29,1		
Salden:																
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	62,6	78,0	17,6	19,7	15,1	25,6	18,0	14,8	17,5	21,9	20,9	18,4	18,4	16,4		
Waren	69,4	84,2	20,0	20,7	19,5	24,0	20,0	16,8	19,5	23,5	21,4	20,3	20,1	19,3		
Dienste	-6,8	-6,2	-2,4	-1,0	-4,4	1,6	-2,0	-2,0	-2,0	-1,6	-0,5	-1,9	-1,7	-2,9		
Veränderung ⁵ in vH																
	Vorjahr								Vorquartal							
Ausfuhr	8,2	7,1	7,5	10,5	9,3	2,0	-1,3	2,3	0,1	3,1	0,4	-1,9	-0,4	2,1		
Waren	8,6	7,9	8,4	11,9	9,3	2,7	-2,0	3,2	1,3	2,6	-0,3	-1,1	-1,0	3,6		
Dienste	6,7	4,2	3,4	5,4	9,1	-0,7	1,6	-1,1	-4,4	5,4	2,9	-5,3	2,2	-4,0		
Einfuhr	5,2	4,7	5,1	4,3	5,5	4,0	-1,9	7,0	2,1	-0,2	1,3	-0,2	-0,4	4,1		
Waren	6,9	5,1	6,1	3,8	6,3	4,3	-2,5	8,4	3,0	-1,4	2,1	-0,1	-1,0	5,3		
Dienste	0,3	3,4	1,9	5,6	3,4	2,8	0,0	2,5	-0,7	3,6	-1,0	-0,3	1,4	0,3		
Nachrichtlich:																
Terms of Trade ⁶	95,9	96,3	94,6	95,2	97,2	98,2	101,6	106,0	94,9	94,8	97,0	98,3	102,1	105,6		
Veränderung in vH	-1,2	0,4	-1,0	-1,0	1,2	2,8	7,4	11,3	-1,0	-0,1	2,3	1,4	3,9	3,4		

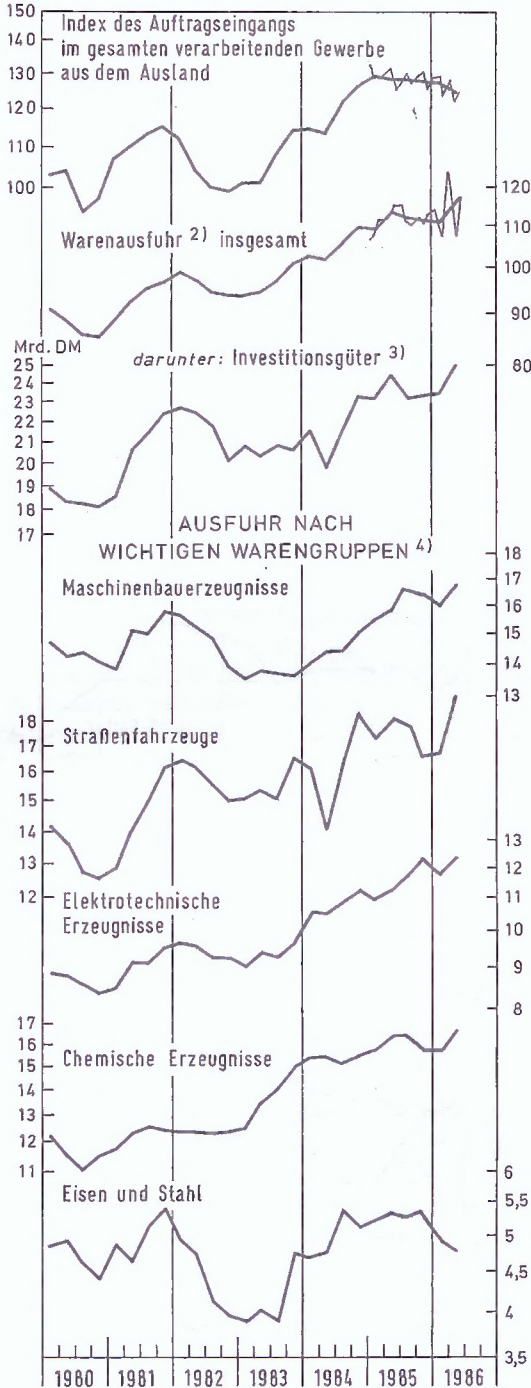
¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — ²⁾ Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt. — ³⁾ Außenbeitrag und Saldo der Übertragungen. — ⁴⁾ Ohne Leistungsverkehr mit der DDR; Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank. — ⁵⁾ Berechnet auf Basis ungerundeter Daten. — ⁶⁾ Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1980 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

Zur Ausfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland

saison- und preisbereinigte Werte ¹⁾

— Vierteljahreswerte — Monatswerte
 1980=100 logarithmischer Maßstab Mrd. DM



¹⁾ Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren. — ²⁾ Spezialhandel. — ³⁾ Nach der überwiegenden Verwendungsart abgegrenzte Waren. — ⁴⁾ Warenverzeichnis der Industriestatistik; Anteil des Exports dieser Warengruppen am gesamten Warenexport im Jahr 1985 64 vH.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Die Lieferungen in die außereuropäischen Industrieländer sind dagegen nur mäßig ausgeweitet worden; dabei wirkte sich hauptsächlich der Rückgang der Exporte nach Südafrika und Kanada aus. Die Ausfuhr in die USA und nach Japan sind real erneut gestiegen. Angesichts der starken Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar — seit Anfang 1985 real um rund 40 vH — ist diese Entwicklung im Handel mit den USA überraschend. Der nominale Exportüberschuß gegenüber den USA ist aufgrund der Verbesserung der Terms of Trade weiter leicht gestiegen. Die Ausweitung der Lieferungen nach Japan wurde durch die Aufwertung des Yen gegenüber der D-Mark begünstigt.

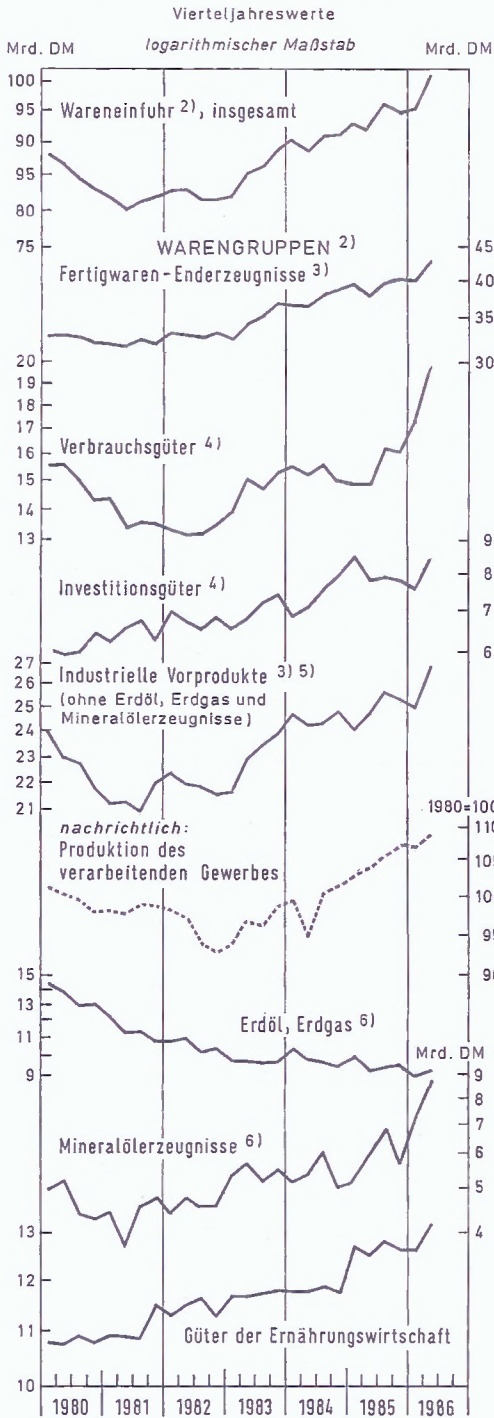
Die realen Ausfuhr in die Entwicklungsländer und in die OPEC-Länder haben im Berichtsquartal nach dem tiefen Einbruch zum Jahresbeginn zwar wieder etwas zugenommen, in der Grundtendenz war die Entwicklung im ersten Halbjahr jedoch weiterhin deutlich abwärts gerichtet. Dies war angesichts der prekären Devisensituation der meisten dieser Länder auch nicht anders zu erwarten. Die Exporte in die Staatshandelsländer sind erneut gesunken, der Abwärtstrend, der im Herbst vorigen Jahres einsetzte, hat sich damit fortgesetzt. Bestimmend waren hierbei die rückläufigen Lieferungen in die Sowjetunion und in die VR China, die größten Exportkunden in dieser Ländergruppe.

Steigende Importe von Fertigwaren-Enderzeugnissen

Begünstigt durch die Aufwertung der D-Mark und die damit einhergehende Verbilligung vieler ausländischer Erzeugnisse sind im Berichtsquartal vermehrt Fertigwaren-Enderzeugnisse importiert worden. Überdurchschnittlich nahmen die Einfuhren von Verbrauchsgütern zu, dies wohl auch deshalb, weil der private Verbrauch im Inland nun kräftig steigt. Dabei haben wegen der sehr niedrigen Preise von Mineralölprodukten die Haushalte früher als üblich ihre Heizöltanks aufgefüllt. Sprunghaft gestiegen sind auch die Einfuhren von Personenkraftwagen, das Vorjahresniveau wurde hier um 35 vH übertroffen. Wie die Zulassungsstatistik von Straßenfahrzeugen erkennen läßt, haben davon wiederum besonders japanische Anbieter profitiert. Güter aus diesem Land haben trotz der Aufwertung des Yen gegenüber der D-Mark nach wie vor deutliche Preisvorteile. Die Importe von elektrotechnischen Verbrauchsgütern nahmen nur langsam zu. Textilien und Bekleidung sind ebenso wie Möbel, diese nach über einjährigem Rückgang, in vermehrtem Umfang importiert worden.

Bei den Investitionsgütern sind insbesondere die Einfuhren von Straßenfahrzeugen über zwei Liter Hubraum sowie von Büromaschinen und ADV-Geräten gestiegen. Die Bezüge von Maschinenbauerzeugnissen haben nach der Stagnation im Vorquartal ebenfalls deutlich zugenommen; elektrotechnische Investitionsgüter sind wiederum vermehrt importiert worden.

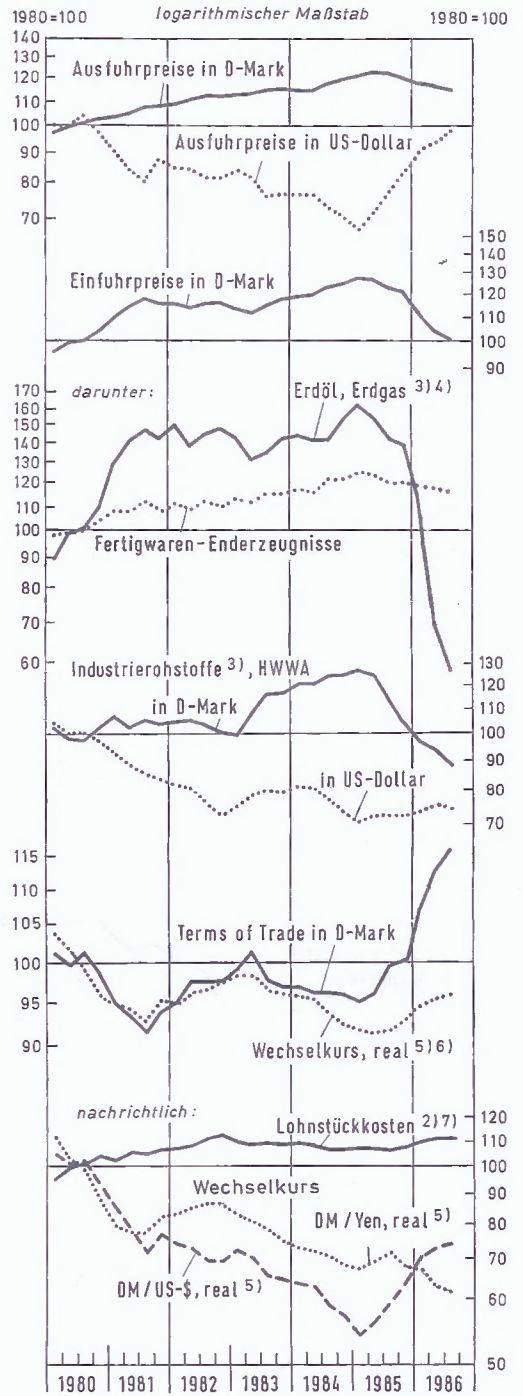
Zur Einfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland saison- und preisbereinigte Werte ¹⁾



1) Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren.— 2) Spezialhandel.— 3) Gegliedert nach dem Verarbeitungsgrad.— 4) Nach ihrer überwiegenden Verwendungsart ausgewählte und abgegrenzte Waren, hauptsächlich Fertigwaren-Enderzeugnisse.— 5) Fertigwaren-Vorzeugnisse, Rohstoffe und Halbwaren.— 6) Nach dem Warenverzeichnis der Industriestatistik abgegrenzte Erzeugnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Preisentwicklung ^{1) 2)} im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland Vierteljahreswerte



1) Preise bei Lieferung (Durchschnittswerte).— 2) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.— 3) Nicht saisonbereinigt.— 4) Warenverzeichnis der Industriestatistik.— 5) DM-Außenwert bereinigt um das Konsumentenpreisgefälle.— 6) Gegenüber 12 wichtigen Handelspartnern.— 7) Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; HWWA; Berechnungen und Schätzungen (III/86) des DIW.

Im Einklang mit der Belebung der Produktion im Inland sind die Einfuhren von industriellen Vorprodukten nach dem Rückgang im Winterhalbjahr nun merklich ausgeweitet worden. Das Anstiegstempo der Einfuhr war in dieser Gütergruppe doppelt so hoch wie das der Produktion. Dies deutet auf einen kräftigen Lageraufbau hin, der von den anhaltend niedrigen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt Impulse empfängt. Die Einfuhren von Erdöl und Erdgas haben im Berichtsquartal nur verhalten zugenommen. Dagegen sind die Importe von Mineralölzeugnissen wiederum kräftig gestiegen, weil die günstigen Einkaufsmöglichkeiten auf den Spotmärkten dazu führen, daß die Mineralölfirmlen die Verarbeitung von Rohöl einschränken.

Fortdauernde Verbesserung der Terms of Trade

Die Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) sind im Berichtsquartal erneut kräftig, um reichlich 6 vH gegenüber dem Vorquartal, gesunken; das Vorjahrsniveau haben sie dabei um 17,5 vH unterschritten.

Der stärkste preisdämpfende Effekt ging wieder von den Energieträgern aus. Die Preise von Erdöl und Erdgas haben inzwischen das Niveau von 1979, also dem Jahr des letzten Ölpreisschubs, erreicht. Die Preise für Fertigwaren-Enderzeugnisse sind ebenfalls, wenn auch deutlich langsamer, gesunken. Dabei war das Tempo des Rückgangs bei Waren aus den EG-Ländern und solchen aus Drittländern sehr unterschiedlich: Die Einfuhren aus Drittländern verbilligten sich mit der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar besonders stark. Der Rückgang betrug hier im Vorjahrsvergleich etwa 9 vH — gegenüber 1 vH bei Einfuhren aus den EG-Ländern. Er hat sich im Berichtsquartal indes verlangsamt: einmal, weil sich die Aufwertung gegenüber dem Dollar abschwächte, zum anderen, weil sich die Einfuhren aus Japan wechselkursbedingt verteuerten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Importe aus Japan inzwischen fast so groß sind wie die Importe aus den USA.

Die Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) sind wiederum deutlich zurückgegangen, um rund 1,5 vH gegenüber dem Vorquartal; sie liegen inzwischen um knapp 4 vH unter dem Vorjahrsniveau. Diese Entwicklung erklärt sich auch damit, daß die Verbilligung von Erdöl und Mineralölprodukten nunmehr in den Preisen der Waren, bei denen sie als Vorprodukte eine große Rolle spielen, weitergegeben werden. Dagegen haben sich die Preise der Fertigwaren-Enderzeugnisse, insbesondere der Investi-

tionsgüter, kaum ermäßigt. Der Wettbewerbsfaktor Qualität kompensiert hier gegenwärtig noch die durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar zu verzeichnenden Wettbewerbsnachteile. Gegenüber den EG-Ländern ist die deutsche Wettbewerbsposition, gemessen am realen Wechselkurs, ohnehin nach wie vor günstig.

Ausblick

Der reale Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland zeigt die grundlegenden Tendenzen des Ausfuhrgeschäftes deutlicher und stetiger als der Warenexport selbst. Er ist nun schon seit der Jahresmitte 1985 abwärts gerichtet. In den Monaten Mai/Juni hat sich die rückläufige Entwicklung sogar leicht beschleunigt. Die Wettbewerbsbedingungen haben sich durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar auf vielen Märkten weiter verschlechtert. Den dort unvermeidlichen Exporteinbußen stehen auf den Märkten der Europäischen Gemeinschaft zwar Chancen zur Exportausweitung gegenüber, wobei die durch die Verbilligung der Energie gesteigerte Kaufkraft der Verbraucher die deutschen Exporteure begünstigt. Insgesamt ist aber im dritten Quartal bestenfalls mit einem geringfügigen Exportwachstum zu rechnen. Nachdem der gesamte reale Warenexport im ersten Halbjahr 1986 nur um 0,7 vH höher war als in der entsprechenden Vorjahrsperiode, stellt sich bei dieser Perspektive die Frage, ob sich für das ganze Jahr selbst bescheidene Einschätzungen des Exportwachstums erfüllen werden.

Die reale Wareneinfuhr wird, begünstigt von der gebesserten Verbrauchskonjunktur bei anhaltend preisgünstigen Einkaufsmöglichkeiten im Ausland, zügig steigen. Alle Warengruppen werden von dieser Entwicklung profitieren, so daß 1986 die reale Einfuhr im Unterschied zur Ausfuhr kräftig zunehmen wird.

Die Einfuhrpreise werden bis zum Herbst aufwertungsbedingt voraussichtlich noch sinken. Auch für die Ausfuhrpreise ist bei zunehmendem Wettbewerbsdruck keine Tendenzwende zu erwarten; sie dürften weiter leicht zurückgehen. Daraus ergibt sich zumindest bis zum Herbst die Erwartung einer weiteren Verbesserung der Terms of Trade. Diese wird dazu beitragen, daß bei real sinkenden Exportüberschüssen in der Handelsbilanz der nominale Überschuß noch größer wird. Bei nur mäßig steigenden Defiziten in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz wird sich die Leistungsbilanz im dritten Quartal nochmals erheblich aktivieren.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 55. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1/1985. 134 S. DM 66,—

Subventionen in den USA — Versuch einer Quantifizierung und eines Vergleichs mit der Bundesrepublik Deutschland. Von *Frank Stille*.
Bestimmungsgründe der längerfristigen Insolvenzentwicklung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Von *Bernd Görzig*.
Die Konsummatrizen des DIW — Konzept und Ergebnisse. Von *Jochen Schmidt*.
Berufsbildung und Arbeitsbeschaffungsprogramme in ausgewählten EG-Ländern. Von *Bernhard Seidel* und *Joachim Volz*.
Zum Stand der Wirtschaftsreformen in China: Erfolge auf dem Lande — Neubeginn in den Städten. Von *Ernst Hagemann*.
Zur Fleischproduktion in den RGW-Ländern. Von *Maria Lodahl*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2/1985 108 S. DM 54,—

DIW-Symposion: Wirtschaftsreformen in Osteuropa — Effizienzsteigerung oder Sackgasse? Leistungsschwäche und außenwirtschaftliche Belastungen der RGW-Volkswirtschaften. Von *Heinrich Machowski*.
Stagnierender Lebensstandard in Osteuropa. Von *Maria Elisabeth Ruban*.
Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Wege zur Effizienzsteigerung oder Sackgasse? Von *Hans-Hermann Höhmann*.
Wirtschaftsreformen in Ungarn: Effizienzsteigerung oder Sackgasse? Von *Jochen Bethkenhagen*.
Wirtschaftsentwicklung und Reform in Bulgarien. Von *Gerhard Fink* und *Ilse Grosser*.
Ist die Schattenwirtschaft ein Reformansatz? Das Verhältnis der Wirtschaftsreformen in Osteuropa zur Schattenwirtschaft. Von *Friedrich Haffner*.
Wirtschaftsreformen in der UdSSR aus soziologischer Sicht. Von *Wolfgang Teckenberg*.
Wirtschaftsreformen in Osteuropa als Gegenstand der Wirtschaftstheorie. Von *Kazimierz Laski*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1985 128 S. DM 64,—

Zur Erhebungstechnischen Anlage von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Panelerhebungen. Von *Ute Hanefeld*.
Die disaggregierte Behandlung der Einkommensverteilung als Submodell der DIW-Version des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Rudolf Zwiener*.
Das ökonomische Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute (Version 1984.4). Von der *Arbeitsgruppe „Ökonomisches Modell“*.
Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1981. Von *Klaus-Dietrich Bedau*.
Bedeutung der Verkehrsstruktur für den Produktionsprozess. Von *Jürgen Blazejczak* und *Ulrich Voigt*.
Die Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft. Von *Eberhard Wettig*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1985 96 S. DM 48,—

Die Berechnung des Produktionspotentials auf der Grundlage eines capital-vintage-Modells. Von *Bernd Görzig*.
Probleme bei der längerfristigen Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Bernd Bartholmai*.
Wirkung staatlicher Fernwärmeförderung auf den Fernwärmeausbau unter besonderer Berücksichtigung von Anlaufkosten. Von *Jochen Diekmann*.
Soviet Economic Policy in the Third World. By *Heinrich Machowski* and *Siegfried Schultz*.
Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.
II. Beschäftigung und Arbeitnehmer Einkommen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer · 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Öffentliche Haushalte 1986/87: Stetig, aber nicht wachstums- und beschäftigungsfördernd. Bearbeitet von Dieter Teichmann und Dieter Vesper.—

Vorübergehender Anstieg des Exports. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.